

Pressemitteilung

Protest gegen die „Sicherheits-Light“-Entscheidung von CDU/Grüne

Alle fachlichen, rechtlichen und praktischen Argumente nutzten nichts. Selbst die Hinweise der Polizeidienststellen von Eschborn und Hofheim und das Schreiben des Innenministeriums („Die Abwehr von Gefahren ist eine hoheitliche Aufgabe und darf von den Gemeinden nicht an private Sicherheitsdienste delegiert werden“) konnten CDU und Grüne nicht aufhalten. CDU/Grüne nutzten ihre parlamentarische Mehrheit und setzten am 28. Januar 2010 im Haupt- und Finanzausschuss durch, dass weiterhin ein privater Sicherheitsdienst in Schwalbach, im öffentlichen Raum, Streife geht.

Auch der Vorschlag des UL-Fraktionsvorsitzenden Günter Pabst, die Entscheidung um vier Wochen zu vertagen und einen Vertreter des Innenministeriums zur Klärung einzuladen, wurde abgelehnt.

Schon vor Monaten wurden die rechtlichen und praktischen Probleme der privaten Sicherheitsdienste und die Empfehlungen der Vertreter der Polizei im Schwalbacher Präventionsrat diskutiert. Die Unabhängige Liste zog als einzige Fraktion daraus Konsequenzen und beantragte in den Haushaltsberatungen 2010, den privaten Sicherheitsdienst durch städtische Bedienstete zu ersetzen. Dieser Antrag wurde von CDU/Grüne, SPD und FDP abgelehnt.

In einer sehr ausführlichen Magistratsvorlage schlug Bürgermeisterin Christiane Augsburg vor, den Beschluss vom 26.2.2008 zur Einrichtung einer Sicherheitsstreife durch einen privaten Sicherheitsdienst aufzuheben und durch städtische Ordnungspolizisten zu ersetzen. Eine erste Angebotseinholung ergab nämlich, dass der frühere Dumpingpreis des Sicherheitsunternehmens (87.000 € für 2 Mitarbeiter mit Hund bei einer achtstündigen Dienstzeit von Montag – Sonntag) nicht mehr gehalten werden konnten. Die neuen Angebote lagen zwischen 140.000 und 475.000 €.

Für 162.000 € könnten auch 4 städtische Ordnungspolizisten eingestellt und ein optimales Sicherheitskonzept realisiert werden. Bei Einstellung von drei Ordnungspolizisten wäre die städtische Variante sogar billiger, bei mehr Leistung und rechtlich einwandfreier Aufgabenwahrnehmung.

Aber CDU und Grüne wollen sich mit einer „Sicherheit-Light“ begnügen. Es reicht, so ihr Fraktionsvorsitzender, „wenn der Sicherheitsdienst Präsenz zeigt“. Ein teurer Spaß. Die Schwalbacher Aktivhilfe sollte überlegen, ob nicht aus ihren Reihen resolute Rentner diese Aufgaben wahrnehmen können. Es ist leicht verdientes Geld.

Die UL protestiert weiterhin gegen die Entscheidung von CDU/Grüne mit einem Brief an die Bürgermeisterin, diesem Beschluss aus rechtlicher Sicht zu widersprechen und die Vorgaben des Innenministeriums umzusetzen. Die UL fordert alle Bürgerinnen und Bürger Schwalbachs auf, ebenfalls ihren Protest gegen die leichtsinnige und unverantwortliche Entscheidung von CDU/Grüne zu artikulieren. Die Schwalbacher haben ein besseres Sicherheitskonzept verdient.